

ÖFFENTLICHE BERICHTSVORLAGE

Amt/Eigenbetrieb:

60 Fachbereich Verkehr, Immobilien, Bauverwaltung und Wohnen

Beteiligt:

Betreff:

Kapazitätsplanung in der Abteilung Verkehrsplanung

Beratungsfolge:

07.12.2022 Ausschuss für Umwelt-, Klimaschutz und Mobilität

Beschlussfassung:

Beschlussvorschlag:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Begründung

Die Abteilung Verkehrsplanung ist zum 01.10.2022 aus dem Fachbereich Stadtentwicklung, -planung und Bauordnung (FB 61) in den Fachbereich Verkehr, Immobilien, Bauverwaltung und Wohnen (FB 60) gewechselt. Die Bedeutung der Verkehrsplanung hat im Zuge der Verkehrswende in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Der organisatorische Übergang in den FB 60 bewirkt aufgrund der übrigen Aufgaben und Zuständigkeiten, die im Fachbereich wahrgenommen werden, Synergieeffekte. So bestehen enge Berührungspunkte zum Grunderwerb, zur Finanzierung, zum Förderwesen, zu den Aufgaben des Straßenbaulastträgers und zur baulichen Umsetzung durch den Wirtschaftsbetrieb Hagen. Diese Schnittstellen werden durch die Zusammenlegung der Abteilung Verkehrsplanung mit den übrigen Abteilungen organisatorisch größtenteils optimiert.

Die Abteilung Verkehrsplanung ermittelt Grundlagen und erarbeitet die Konzepte zur Ausgestaltung der verschiedenen Verkehrssysteme in Hagen. Die Abteilung ist organisatorisch in die Sachgruppen Einzelverkehrsplanung und Gesamtverkehrsplanung aufgeteilt. Insgesamt sind 15 Planstellen vorhanden, wovon aktuell 13 besetzt sind. Sieben Stellen sind dabei der Sachbearbeitung in der Sachgruppe Gesamtverkehrsplanung und fünf in der Sachgruppe Einzelverkehrsplanung zugeordnet. Die drei übrigen Stellen bilden die Sachgruppenleitungen sowie die Abteilungsleitung.

Im Folgenden soll dargestellt werden, welche Diskrepanz zwischen den Aufgaben und der Aufgabenerledigung bestehen. So entstehen Aufgaben durch die Aufgaben und Verpflichtungen des Straßenbaulastträgers, des Aufgabenträgers für den ÖPNV, aus gesetzlichen Verpflichtungen (StVO), der Verkehrssicherungspflicht, der Instandhaltung der Verkehrsinfrastruktur, der Beschlüsse und Anfragen/ Vorschläge der politischen Gremien, der notwendigen Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im öffentlichen Raum, der Öffentlichkeit und aller übrigen Aufgaben, die innerbehördlich zu bewältigen sind.

Die Sachgruppe der Einzelverkehrsplanung erstellt Straßenausbauplanungen (inklusive Fuß- und Radwege) sowie die Ausbauplanungen für den barrierefreien Ausbau der Haltestellen. Die Erstellung von Ausbauplänen ist hierbei eine Daueraufgabe, die sich vor allem aus den Planungen der Sachgruppe Gesamtverkehrsplanung (vor allem im Bereich Radverkehr), dem Straßenerneuerungsprogramm, anstehenden Brückenerneuerungen, Stadtentwicklungskonzepten (z.B. Soziale Stadt Wehringhausen, INSEK Hohenlimburg) oder der Erstellung von B-Plänen ergibt. Hinzu kommen Einzelprojekte durch politische Beschlüsse wie beispielsweise die Planung von Kreisverkehrsplätzen, Stellplatzanlagen, Querungshilfen etc., sowie Einzelanfragen von Anwohnern oder Baugesuchen.

Prioritär abgearbeitet werden aktuell folgende Maßnahmen:

- Planung der barrierefreien Bushaltestellen
- Planung Enneperadweg 3. BA.
- Planungen im Zuge der Brücken Rehbecke, Hasselstraße, Fuhrparkbrücke sowie Badstraße

- Planungen im Zuge von B-Plänen (Seestraße, Loheplatz, Unterberchum, Dolomitstraße, Grundschnötteler Str., Am Quambusch, Kuhlenhardt, In den Erlen, Volmarsteiner Straße, Büddinghardt)
- Tunnelaufweitung Augustastraße (Soziale Stadt Wehringhausen)
- Barrierefreies Wehringhausen (Soziale Stadt Wehringhausen)
- INSEK Hohenlimburg
- Planung Rembrandtstraße (Straßenerneuerungsprogramm)
- Planung Radweg Bahnhofstraße
- Beantwortung von Anfragen und Vorschlägen nach Geschäftsordnung des Rates
- Verbesserung der Verkehrsverhältnisse (punktuell) im Stadtgebiet
- Stellungnahmen zu Planungen Dritter (zum Beispiel Maßnahmen der Deutschen Bahn, Straßen.NRW)

In der Sachgruppe Gesamtverkehrsplanung werden die Themengebiete Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV), Radverkehr, Lichtsignalplanung sowie Netzplanung und Verkehrsmodellierung bearbeitet. Die Aufgaben der Sachgruppe resultieren aus Pflichtaufgaben der einzelnen Bereiche, den beschlossenen Konzepten (z.B. Masterplan Nachhaltige Mobilität, Nahverkehrsplan, Radverkehrskonzept) sowie politischen Beschlüssen. Prioritär abgearbeitet werden aktuell folgende Maßnahmen:

- ÖPNV:
 - o Aufgaben im Zuge der Tätigkeit als Aufgabenträger für den ÖPNV
 - o Gutachten zum Ausbau des lokalen ÖPNV
 - o Mobilstationen
 - o Mitarbeit an regionalen Themen wie das Schnellbuskonzept des VRR oder dem Mobilitätsimpuls Ruhr des RVR
 - o Beantwortung von Anfragen und Vorschlägen nach Geschäftsordnung des Rates
- Radverkehr:
 - o Planungen der Hauptradwege Ennepe-Radweg, Lenne-Radweg und Volmeradweg
 - o Planungen im Zusammenhang der IGA 2027 am Hengsteysee
 - o Planungen von Fahrradabstellanlagen (Anlehnbügel sowie Sammelabstellanlagen am HBF sowie Bahnhof Heubing)
 - o Freigabe der Fußgängerzone für Radfahrende
 - o Mitarbeit an regionalen Radverkehrsachsen (Velorouten, Radschnellwege, Regionale Radwege)
 - o Verbesserung von Knotenpunkten für den Radverkehr
 - o Beantwortung von Anfragen und Vorschlägen nach Geschäftsordnung des Rates

- Signalplanung:
 - o Daueraufgaben
 - o Erstellung von Signalplanungen zur Umsetzung der Maßnahme „Modernisierung der Lichtsignalanlagen“
 - o Umplanung und -rüstung von Signalanlagen für die ÖPNV-Beschleunigung
 - o Beantwortung von Anfragen und Vorschlägen nach Geschäftsordnung des Rates
- Netzplanung und Verkehrsmodellierung
 - o Daueraufgaben
 - o Fortschreibung der Lärmkartierung
 - o Begleitung von lärmtechnischen Untersuchungen
 - o Abstimmungen im Bereich A45-Sperrung – Verkehrsbelastung im Volmetal
 - o Begleitung von Verkehrstechnischen Untersuchungen, u.A. auch im Zusammenhang mit B-Plänen
 - o Bearbeitung der Thematik „Bewohnerparken“
 - o Bearbeitung der Thematik „Lkw-Durchfahrtverbote“...
 - o Beantwortung von Anfragen und Vorschlägen nach Geschäftsordnung des Rates
 - o Entwicklung und Bearbeitung von Maßnahmen im Zuge des DUH-Vergleiches

Für alle Teilbereiche der Sachgruppe erfolgt zudem die Vorbereitung der Kommunikation für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für aktuellen Maßnahmen als Daueraufgabe.

Aufgrund des stetig wachsenden Aufgabenspektrums stößt die Abteilung Verkehrsplanung derzeit an ihre Kapazitätsgrenzen. Aufgrund der deutlich gestiegenen Anzahl an Aufträgen sowie der erhöhten Komplexität der Aufgaben können diese mit den begrenzten personellen Ressourcen nicht mehr zufriedenstellend abgearbeitet werden. Neben den zuvor beschriebenen prioritären Aufgaben der Abteilung werden nahezu in jeder Sitzung der Bezirksvertretungen sowie des Ausschusses für Umwelt-, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität (UKM) neue Beschlüsse mit Arbeitsaufträgen für die Abteilung beschlossen. Zu nennen sind hierbei beispielhaft folgende Beschlüsse, die zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht (vollständig) abgearbeitet werden konnten:

DS.-Nr.	Titel	Auftrag
0146/2022	Planungen für den Ersatzbau von Brückenbauwerken	„Der Ausschuss für Umwelt-, Klimaschutz und Mobilität beauftragt die Verwaltung, für die nächste Sitzung in einer Vorlage darzustellen, wie bei den zukünftigen Planungen für den Ersatzneubau von Brückenbauwerken die Vorgaben zur Steigerung des Umweltverbundanteils am Verkehrsaufkommen aus dem Masterplan Nachhaltige Mobilität und dem Nahverkehrsplan berücksichtigt werden sollen [...].“
0149/2021	Lärmschutzgutachten Buscheystraße	„Die Bezirksvertretung Hagen-Mitte bittet die Verwaltung, für den Bereich der Eugen-Richter-Straße und Buscheystraße ein entsprechendes Lärmschutzgutachten nach den Richtlinien für den Lärmschutz an Straßen (RLS-19) in Auftrag zu geben.“
0287/2021	Errichtung eines Bürgersteigs entlang der Knippschildstraße	„Die Bezirksvertretung Nord bittet die Verwaltung, eine konkrete Planung eines Fuß- und Radwegs entlang der Knippschildstraße zwischen Sauerlandstraße und Weidekampstraße zu erstellen und die dafür erforderlichen Kosten zu ermitteln Die Planung ist bis Ende 2022 der Bezirksvertretung Nord zur Beratung vorzulegen.“
0295/2021	Ausweitung der Bewohnerparkzonen im Innenstadtbereich	„Die bestehende Parkraumbewirtschaftung wird hinsichtlich einer Ausweitung der Bewohner-Parkzonen bzw. Ergänzungsparkzonen Innenstadt überprüft“
0839/2021	Bau eines Gehweges Herbecker Weg	„Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob die Straße Herbecker Weg ausgebaut und im Rahmen dessen ein Gehweg angelegt werden kann.“
0213/2022	LKW-Durchfahrtverbote	„[...] beauftragt die Verwaltung nach dem Vorbild der Stadt Köln ein Konzept für Durchfahrtverbotszonen zu erarbeiten.“
0394/2022	Barrierefreier Ausbau von Haltestellen	„Die Verwaltung wird beauftragt in 2022 deutlich mehr als 30 Haltestelle für den 6. Bauabschnitt für den barrierefreien Umbau zu planen und die Förderung nach § 12 ÖPNVG zu beantragen.“
0703/2022	Mobilitätskonzept Freibad Hestert	„[...] beauftragt die Verwaltung, ein Mobilitätskonzept für das Freibad Hestert

		unter Einbeziehung der Flurstücke 170, 167, 71, 83, 85, 87, 90 zu prüfen, die der Entlastung der Anwohner dient. Hierbei sollten auch abschließbare E-Bike Parkmöglichkeiten in Freibadnähe und ein Informationsanzeigesystem über die Auslastung des Freibadparkplatzes geprüft werden.
0708/2022	Beschattung zentraler Bushaltestellen	„Die Verwaltung erarbeitet gemeinsam mit der Hagener Straßenbahn ein Maßnahmenpaket zur Beschattung zentraler Bushaltestellen im Stadtgebiet (auch unter Berücksichtigung von Dachbegrünungen und Bäumen) und stellt im UKM Anfang des kommenden Jahres dar, wann und welche Maßnahmen umgesetzt werden.“
0710/2022	Optimierung ÖPNV	„Die Verwaltung wird beauftragt, zeitnah eine Vergabe vorzubereiten, die alle Leistungen beinhaltet, eine gesicherte Abbiegemöglichkeit nur für Busse aus der Buschstraße in Richtung Loxbaum zu schaffen. Die Finanzierung der Maßnahme soll aus den vom Rat zur Verfügung gestellten Mitteln der Stellplatzabgaben erfolgen und ist deshalb als Planungsbasis zugrunde zu legen.“
0966/2022, 0967/2022, 0968/2022	Sichtbarkeit des ÖPNV in Hagen verbessern	<i>Überweisung an UKM</i>
0204/2019 Lfd. u.a. 0675/2022	Masterplan „Nachhaltige Mobilität“	Einige Maßnahmen aus dem Masterplan konnten bisher nicht begonnen werden. U.a. folgende Maßnahme: <ul style="list-style-type: none"> - 5.15. Erarbeitung eines umfassenden Fußverkehrskonzepts - 5.5. Ausweitung Park-Ride-Angebot - 5.13. Umweltorientiertes Parkraummanagement - 5.16. Abbruch Brücke Altenhagen und Neuordnung der Verkehrsfläche
0989-1/2019, 1050/2019, 0496/2021	Umsetzung des Radverkehrskonzeptes der Stadt Hagen	„1. Der Rat der Stadt Hagen nimmt das Radverkehrskonzept zur Kenntnis und beschließt insbesondere [...]“ Ein Großteil der Maßnahmen aus dem Radverkehrskonzept muss noch geplant und umgesetzt werden.

Neben den knappen personellen Ressourcen bildet auch die Finanzierung der Maßnahmen eine Herausforderung.

Priorisierung der Aufgaben

Für die Vielzahl an Aufgaben werden bereits Ingenieurbüros und Gutachter mit eingebunden. Die Beauftragungen und Betreuungen der Büros erfordern nicht unerheblichen eigenen Personalaufwand. Permanent werden kreative Lösungsansätze zur Aufgabenerfüllung der Arbeitsaufträge gesucht.

Aufgrund der vorhandenen Personalkapazitäten und der Menge an Aufgaben wird der Fachbereich „Verkehr, Immobilien, Bauverwaltung und Wohnen“ in Abstimmung mit beteiligten Fachbereichen verwaltungsintern für Anfang 2023 ein Priorisierungs- bzw. Arbeitsprogramm für die Haushaltsjahre 2024/2025 erarbeiten, welches mit den vorhandenen Personalkapazitäten umgesetzt werden kann. Die Aufgabenliste soll als Grundlage für die Umsetzung der Maßnahmen in den kommenden Haushaltsjahren 2024/2025 dienen und aufzeigen, welche Maßnahmen realistisch abgearbeitet werden können. Das Programm soll den politischen Gremien im Frühjahr 2023 vorgestellt und zur Abstimmung vorgelegt werden. Hierbei hat der UKM die Möglichkeit Vorschläge für das Arbeitsprogramm bzw. die Priorisierung zu beschließen. Zusätzliche Anträge und Aufträge sorgen zwangsläufig für eine Verschiebung der Prioritäten.

Dabei kann ein erweiterter Projektumfang zur Umsetzung der Verkehrswende nur mit der Bereitstellung zusätzlicher Stellen umgesetzt werden.

Eine grundsätzliche Herausforderung stellt zudem die Besetzung von vorhandenen und neuen Stellen im Ingenieurbereich im Rahmen des Fachkräftemangels dar.

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

sind nicht betroffen

Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung

keine Auswirkungen (o)

Finanzielle Auswirkungen

Es entstehen weder finanzielle noch personelle Auswirkungen.

gez. Henning Keune
Technischer Beigeordneter

Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

Ja

Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

**Erster Beigeordneter
und Stadtkämmerer**

Amt/Eigenbetrieb:

Stadtsyndikus

**Beigeordnete/r
Die Betriebsleitung
Gegenzeichen:**

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb: _____ **Anzahl:** _____

